

KANTON

ENERGIE SPAREN: Das Kantonsparlament will nun Ernst machen **SEITE 25**

REGION

BAUBEGINN: Für 19 Millionen wird die Sonderschule Ilgenhalde in Fehraltorf umgebaut **SEITE 23**

REGION

FAHRPLANENTWURF: Das Postauto soll im Gebiet Schauenberg eine neue Route befahren **SEITE 21**



«Der Ostanflug war absehbar»

Der Flughafen Zürich wird erst seit 2001 regelmässig über den Osten angeflogen. Doch wer sein Haus nicht vor 1961 gekauft hat, hat keinen Anspruch auf eine Entschädigung. Der Lärm sei voraussehbar gewesen, sagt die Schätzungskommission.

KLOTEN – 1545 Personen, die in der Ostanflugschneise des Flughafens Zürich wohnen, haben ein Gesuch für eine Entschädigung eingereicht: Ihre Liegenschaften hätten infolge übermässigen Fluglärms an Wert verloren. Die zuständige eidgenössische Schätzungskommission hat nun einen ersten Teilentscheid bezüglich der Ostanflüge gefällt – und den Grossteil der Forderungen vom Tisch gewischt. Wer seine Liegenschaft nach 1961 erwarb, hat mit Fluglärm rechnen müssen und ist deshalb nicht anspruchsberechtigt, wie die Schätzungskommission festhält. Nur rund 100 Einwohner, die ihr Haus seit mehr als 47 Jahren besitzen, bleiben damit im weiteren Verfahren.

Die Schätzungskommission beruft sich auf mehrere Bundesgerichtsentseide. Die obersten Richter haben als Stichtag den 1. Januar 1961 festgelegt. Seither müsse allen klar sein, dass

der Bereich Luftfahrt wachsen werde, ab diesem Datum «wusste jedermann, wie gross die Belastungen durch den Fluglärm sind». Und dem sei nichts beizufügen, findet die Schätzungskommission. «Der Stichtag ist auch für die Ostanflüge unverrückbar.»

Kontroverse Frage

Jene 1545 Personen, die eine Entschädigung gefordert haben, sehen dies nicht so. In ihren Eingaben wiesen sie immer wieder darauf hin, dass der Flughafen Zürich erst seit Oktober 2001 in den Tagesrandstunden über den Osten angeflogen wird. Zuvor wurde die kürzeste Lande- und Startbahn, die Piste 28, nicht für regelmässige Anflüge genutzt.

Deren Anwälte arugmentierten ähnlich. Der Durchschnittsbürger, der im Verlaufe der letzten 40 Jahre und bis zum Bekanntwerden der Ostanflü-

ge im Juni 2001 Eigentum erworben hat, habe nicht gewusst und auch nicht wissen können, dass es sich um Eigentum im Bereich einer Anflugschneise handle, sagt Peter Ettler.

Die eingetretene Entwicklung und die damit verbundene Lärmbelastung beruhe nicht auf der zu erwartenden generellen Zunahme des Flugverkehrs, so Isabelle Häner. Diese sei vielmehr die Folge einer erst in jüngster Zeit vorhersehbaren politischen Entwicklung, die im Herbst 2001 zur Öffnung der Piste 28 als eine der Hauptlande-pisten geführt habe. Kurt Klose, welcher auch der Bürgerorganisation Fluglärmsolidarität vorsteht, bestreitet die Vorhersehbarkeit ebenfalls rundweg. Es sei für den Durchschnittsbürger bis 2001 undenkbar gewesen, dass die für Landungen zu kurze und mit topografischen Hindernissen bespickte Piste 28 jemals zu einer Hauptlande-piste werde könnte.

Die Frage, ob der Fluglärm im Osten nach 1961 vorhersehbar gewesen ist, hält zwar auch die eidgenössische Schätzungskommission für «kontrovers» – das Bundesgericht dürfte ab-

schliessend darüber befinden. Für die Kommission ist jedoch klar, dass das Bundesamt für Zivilluftfahrt richtplanerisch davon ausgeht, dass das Zürcher Pistensystem grundsätzlich von jeder möglichen Seite sowohl angeflogen als auch für den Abflug verwendet werden könne. «Wer in einem bestimmten Umkreis von zum Beispiel zehn Kilometern eines Interkontinental-flughafens wohnt oder in einem solchen Gebiet Grundeigentum erwirbt, muss mit Fluglärm rechnen.»

Gelassene Reaktionen

Die Reaktionen auf den Entscheid der Schätzungskommission fallen ruhig aus. Der Bürgerprotest Fluglärm Ost gibt sich gelassen, wie Kopräsident Ralph Weidenmann erklärt. «Wir gehen davon aus, dass das Bundesgericht den Entscheid wie bei früheren Beispielen wieder umstossen wird.»

Nicht nur aus dem Osten liegen Entschädigungsbegehren auf dem Tisch. Rund 19000 Gesuche sind bislang eingegangen. Der Flughafen rechnet mit Kosten von insgesamt 0,8 bis 1,2 Milliarden Franken. OLIVER GRAF

Pistenverlängerung kommt schlecht an

ZÜRICH – Die Entscheidungsfindung zur Variantenwahl im Prozess zum Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) kommt in die heisse Phase. Am 3. April fällt der Entscheid in Bern. Noch ist unklar, welche Position der Kanton Zürich einnehmen wird. Der Regierungsrat hört sich derzeit im Kanton um. Gestern Abend haben sich die Bezirke bei Regierungsrätin Rita Fuhrer (SVP) an der Konsultativen Konferenz zum Flughafen zu den drei noch zur Auswahl stehenden Varianten, wie künftig geflogen werden soll, geäussert. Die Stellungnahmen zeugen von grosser Skepsis. Am meisten Zuspruch erhält das jetzige Flugsystem. Pistenverlängerungen kommen schlecht an. Die sechs Bezirke Winterthur, Andelfingen, Pfäffikon, Bülach, Dielsdorf und Dietikon lehnen sie ab. Die Bezirke Meilen, Horgen, Uster und Affoltern wollen Pistenausbauten nur gutheissen, wenn die Flugkapazität nicht erhöht wird. Hinwil will dabei keine Ostausrichtung. Zürich lehnt wie alle Südbezirke sämtliche Varianten ab, da neu ein Südstart geradeaus vorgesehen ist. Diese fünf Bezirke wollen den SIL-Prozess sistieren. (pu)

Neue Buchhaltung bringt Kanton neue Milliarden

Der Kanton Zürich führt neue Buchhaltungsregeln ein. Nun sieht seine Bilanz plötzlich anders aus.

ZÜRICH – Der Kantonsrat machte den Staat Zürich gestern auf einen Schlag um 5,8 Milliarden Franken reicher. Allerdings ohne dass er neue Einnahmequellen angezapft hätte. Das Parlament hat vielmehr den neuen Standards für die Rechnungslegung zugestimmt. Mit den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) soll die Buchhaltung transparenter werden. Die Regeln führen zu einer Neubewertung des Vermögens, zum Beispiel der kantonalen Liegenschaften. Die gesamte Werterhöhung, eben 5,8 Milliarden, wird dem Eigenkapital zugeschlagen. Reicher wird der Kanton demnach nur auf dem Papier.

Die IPSAS waren gestern alles andere als unumstritten. SVP-Kantonsrat Theo Toggweiler wollte die Vorlage zum Kippen bringen, sein Antrag scheiterte aber mit 73 zu 98 Stimmen. Gegen die IPSAS stellten sich SVP und EDU sowie einzelne Vertreter von SP und Grünen. Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) bezeichnete die Neubewertung als «Fata Morgana». Damit werde Raum für Defizite geschaffen. Die Gegner aus den Reihen der SP und der Grünen fürchteten, das neue finanzielle Polster könnte von den Bürgerlichen benutzt werden, um Steuersenkungen zu fordern. FDP-Sprecher Rolf Walther dagegen sagte, in der Bilanz werde künftig nur das gezeigt, was wirklich vorhanden sei. «Es wäre gefährlich, wenn der Kanton tatsächlich wie derzeit ausgewiesen nur zwei Milliarden Eigenkapital hätte.»

Finanzdirektorin Ursula Gut (FDP) sagte, Zürich könne sich keine Standards mehr leisten, die nicht transparent seien und Veränderungen an der Rechnung zuließen. Die IPSAS hätten keine Auswirkungen auf das Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Haushalts und auf die Schuldenbremse. (sda/flu)



Hochdeutsch lesen darf er. Aber wie oft soll er im Kindergarten auch Hochdeutsch sprechen? Die Frage beschäftigt manche Zürcher Bildungspolitiker. Bild: Shotshop

Angst um die Mundart im Kindergarten

Bildungspolitiker schlagen Alarm: In den Kindergärten drohe die Mundart vom Hochdeutschen verdrängt zu werden.

ZÜRICH – Nach der Debatte ums Frühenglisch bahnt sich im Kanton Zürich ein neuer Sprachenstreit an. Diesmal geht es um die Unterrichtssprache in den Chindsgis. Laut dem Entwurf für den neuen Lehrplan, welcher derzeit erprobt wird, soll im Kindergarten teils Mundart und teils Hochdeutsch gesprochen werden. Beiden Sprachen soll in Zukunft ungefähr das gleiche Gewicht zukommen.

Für Thomas Ziegler brächte allein das schon zu viel Deutsch in die Kindergärten. Den Elgger EVP-Kantonsrat beunruhigen aber auch gewisse Aussagen von einzelnen Exponenten der Pädagogischen Hochschule Zü-

rich. Ihr Ziel sei offenbar ein Schweizer Hochdeutsch als Bezugssprache, sagt er. Er habe nichts dagegen, wenn Kindergärtnerinnen in bestimmten Sequenzen mit den Kindern hochdeutsch sprechen. «Aber unsere Mundart sollte das ihr zukommende Gewicht behalten.»

Darum forderte Ziegler den Regierungsrat unlängst auf, dafür zu sorgen, dass das Schweizerdeutsch während der ersten zwei Jahre Hauptsprache bleibt. Sein Vorstoss wurde gestern vom Kantonsrat mit 73 Stimmen für dringlich erklärt (nötig waren 60 Stimmen). Die Sache drängt, weil der Entwurf nur noch wenige Wochen in der Vernehmlassung steckt und der Bildungsrat danach entscheiden soll.

Für das Postulat stimmten EVP, SVP, EDU und Teile von Grünen und Grünliberalen. Für sie ist das Schweizerdeutsch die Basis für die Integration in die Gesellschaft. Die Mundart

sei ein wesentlicher Teil der Schweizer Identität, sagte etwa EDU-Kantonsrat Stefan Dollenmeier (Rüti). «Nur wer sie beherrscht, wird als integriert wahrgenommen.» Auf derselben Linie argumentierte auf der andern Ratsseite die Grüne Susanne Rihs-Lanz (Glattfelden). «Die Mundart hilft von allen Sprachen am besten, Ausländerkinder zu integrieren.»

«Kein Grund zur Panik»

Die reformerischen Kräfte in der Bildungspolitik hatten kein Verständnis für die Angst, der Dialekt könnte in den Kindergärten an den Rand gedrängt werden. SP, FDP und CVP lehnten die Dringlichkeit ab. Auch Esther Guyer, Fraktionschefin der Grünen, sah keinen Grund «für eine panische Intervention». Der Bildungsrat werde sich bei seinem Entscheid an das Volksschulgesetz halten müssen. Das Gesetz besagt, dass Hochdeutsch

nur «teilweise» Unterrichtssprache sein darf.

Auch das Argument vom Dialekt als Mittel zur Integration blieb nicht unwidersprochen. Ein Kind werde kein besserer Schweizer und keine bessere Schweizerin, wenn es im Kindergarten ausschliesslich Dialekt spreche, sagte Brigitta Johner (FDP, Urdorf). Sie fragte sich, wozu der «neue Sprachenstreit» gut sein soll. Wahrscheinlich sei das Postulat eine «Disziplinierungsmassnahme» gegen Gemeinden, die vor allem auf Hochdeutsch setzen. Vorreiterin ist Schlieren. Dort wurde Hochdeutsch vor gut einem Jahr gegen grosse Widerstände eingeführt.

Nicht nur im Parlament, auch unter Kindergärtnerinnen regt sich Widerstand gegen das Hochdeutsche. Eine nicht repräsentative Umfrage des Verbands Kindergärtnerinnen Zürich zeigte kürzlich, dass die grosse Mehrheit Mundart sprechen will. IRETO FLURY